

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Seit Wochen sprechen wir über den Bundeshaushalt – nicht nur in Berlin, auch zu Hause im Wahlkreis. Bei meinen Gesprächen in Oldenburg und dem Ammerland habe ich viel Verunsicherung, Frust und das Bedürfnis nach Antworten und Planungssicherheit gespürt. Diesem Bedürfnis kommen wir nach. Die Koalition hat gezeigt, dass sie verantwortungsvoll handelt und ihre Projekte weiterhin umsetzen wird. Unsere Botschaft dabei ist klar: Wir streichen nicht beim Sozialstaat! Und trotzdem müssen wir Kompromisse eingehen. Wie die Einigung für den Bundeshaushalt 2024 aussieht, lest ihr im Artikel oben auf Seite 2.

In diesen fordernden Zeiten hitziger politischer Debatten und schwieriger Entscheidungen gerät es fast ein bisschen in den Hintergrund: Weihnachten steht vor der Tür – eine Zeit, um die Anspannung der letzten Wochen abfallen zu lassen, schöne Stunden mit der Familie zu verbringen und neue Kraft zu tanken.

Und da dies der letzte Newsletter des Jahres 2023 ist, wünsche ich euch an dieser Stelle frohe und friedliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2024!

Ever 121's

Auswirkungen des Karlsruher Urteils auf meine Arbeit

Auswerten, bewerten, abwägen, umsetzen

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November dieses Jahres beschlossen, dass Kredite, mit denen der Staat in Notsituationen die Folgen einer Krise abmildert, jedes Jahr neu beschlossen werden müssen – auch bei fortbestehendem Bedarf. Um diese Entscheidung abzubilden, haben wir im Bundestag einen Nachtragshaushalt beschlossen.

Meine letzten Wochen waren geprägt von Gesprächen und Diskussionen mit Koalitionspartnern, Befragungen von Sachverständigen, digitalen Schalten mit Kolleginnen und Kollegen aus Ministerien und Telefonaten mit dem Bundeskanzler. Dafür mussten viele Wahlkreistermine verschoben oder gar abgesagt werden. Das bedaure ich sehr. Umso

mehr habe ich mich über die Besuche von Menschen aus meinem Wahlkreis in Berlin gefreut.

Das Karlsruher Urteil galt es mit Sorgfalt auszuwerten, zu bewerten, umzusetzen und abzuwägen, was das für die Zukunft bedeutet. Mit dem Nachtragshaushalt für 2023 sichern wir getroffene Maßnahmen ab. Dazu zählen die Hilfen zur Bewältigung der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine genauso wie die Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal. Diese Maßnahmen, den Menschen Sicherheit zu geben, waren und sind das richtige Instrument. Mit Hochdruck um die besten Lösungen zu ringen, auch wenn es unbequem und langwierig wird, das ist meine Aufgabe in Berlin.

Gute Nachricht: Einigung zum Haushalt

So geht es im Haushaltsverfahren im neuen Jahr weiter

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Regeln für die Schuldenbremse präzisiert hat, musste der Haushalt für 2024 neu geschnürt werden. Im Jahr 2023 haben wir vielen Menschen mit den Strom- und Gaspreisbremsen geholfen und damit die Schuldenbremse nach den neuen Regeln überschritten. Für 2023 haben wir deshalb die Schuldenbremse ausgesetzt.

Für den Bundeshaushalt 2024 wurden 17 Milliarden Euro eingespart. Die Regierung hat sich dazu in vielen Stunden der Verhandlung auf eine Lösung geeinigt, die eine fundierte Grundlage für die parlamentarischen Beratungen bietet und final im Bundestag beschlossen werden muss. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz

konnte einen Kompromiss herbeiführen, der nun einen Bundeshaushalt 2024 erlaubt, der unsere Schwerpunkte wahrte: Wir sichern unseren Sozialstaat, stärken unsere Wirtschaft bei der Transformation und stehen zu unserer Verantwortung bei der Unterstützung der Ukraine.

Für mich ist wichtig zu betonen: Wir haben einen Krieg in Europa, der von uns erhebliche Kraftanstrengungen erfordert. Und wir stehen dauerhaft solidarisch an der Seite der Ukraine. Dieser Krieg kann und darf nie „Normalität“ sein. Und sollte die Ukraine weitere Hilfen benötigen, dann werden wir sie auch nicht gegen die innere oder soziale Sicherheit ausspielen, dann ist die Überschreitung der Schuldenbremse für 2024 wieder

in der Debatte. Wir werden im Februar die Beratungen abschließen. Bis dahin gilt eine vorläufige Haushaltsführung, die für uns aber nicht gänzlich ungewohnt ist. Sie ist etwa nach Wahljahren üblich. Am 11. Januar findet eine Sachverständigenanhörung statt, in der Expertinnen und Experten rechtliche Einordnungen geben. Für den 18. Januar ist die Bereinigungssitzung geplant, in der etwaige Änderungen beschlossen werden. Am 2. Februar wird der Haushalt im Bundestag verabschiedet. Auf diesem Weg zum finalen Bundeshaushalt würde ich mir von der Union wünschen, dass sie anstatt mit Superlativen um sich zu werfen und destruktiven Populismus zu betreiben, seriöse Oppositionspolitik zeigt und konstruktive Vorschläge macht.

HINTER DEN KULISSEN

Ansprechpersonen in Berlin und Oldenburg

So sind Aufgaben und Zuständigkeiten in meinen Büros verteilt

Mein Bundestagsbüro in Berlin wird von **Daniel Walter** geleitet. Der 32-Jährige begleitet mein parlamentarisches Kerngeschäft, verantwortet die Organisation von Sitzungswochen und ist der erste Ansprechpartner für Ministerien, Behörden und andere Abgeordnetenbüros. Der Rheinländer bildet die kommunikative Schnittstelle zwischen meinem Berliner und Oldenburger Büro und der Arbeitsgruppe Haushalt. Ihm zur Seite steht **Aischa Jansen**. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin ist sie für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hauptstadtthemen verantwortlich, übernimmt wissenschaftliche Vorbereitungen und Recherchen und betreut Besuchergruppen im Bun-

destag. **Annalena Uelhoff** absolviert in meinem Berliner Büro ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Die 19-Jährige bearbeitet die Post, kümmert sich um Einladungen und übernimmt den Telefondienst im Berliner Büro. Zusätzlich erhält sie durch inhaltliche Aufgaben wie Recherchen oder Textproduktionen Einblicke in den parlamentarischen Alltag und die Arbeitsprozesse eines Abgeordnetenbüros.

Die Planung und Organisation meiner Wahlkreistermine verantwortet **Sabrina Janßen**. Die Oldenburgerin koordiniert meinen Kalender, die terminlichen Abläufe und organisiert meine Veranstaltungen und Bericht-erstatte-Reisen. **Tom Schröder**

unterstützt mich bei der Beantwortung inhaltlicher Anfragen aus dem Wahlkreis. Der 30-Jährige kümmert sich zudem um administrative Aufgaben, organisiert Infostände und ist für mein Wahlkreisbüro der Kontakt zur Partei. **Annika Ferber** bearbeitet in meinem Wahlkreisbüro ebenfalls Bürgeranfragen. Zudem kümmert sie sich um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Wahlkreisterminen, meine Homepage sowie die Erstellung meines monatlichen Newsletters.

Am einfachsten erreicht ihr meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter per E-Mail an dennis.rohde@bundestag.de.



3. November – In Aurich durfte ich auf Einladung von Johann Saathoff MdB beim SPD Unterbezirksparteitag reden. Fotos: Büro Johann Saathoff MdB.



21. November – Sprechstunde im Wahlkreisbüro. Im persönlichen Dialog lassen sich viele Fragen und Anregungen, aber auch Kritik besser klären.



24. November – Gemeinsam mit Ulf Prange MdL habe ich mich mit den Betreibern des Oldenburger „Cine k“ getroffen. Mehr dazu lest ihr auf Seite 4.



24. November – In Ihorst im Gespräch über den geplanten Sandabbau. Mehr zu dem Thema erfahrt ihr auf Seite 4 unten. Foto: Büro Björn Meyer MdL.

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG

Bezahlbare Wärmeversorgung der Zukunft

Planungssicherheit: Gemeinsam die Wärmewende meistern

Die Wärmeversorgung in Deutschland verursacht einen Großteil unseres CO₂-Ausstoßes. Damit wir unser Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erreichen, müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen überwinden. Damit das gelingt, soll zukünftig die kommunale Wärmeplanung greifen. Kommunale Wärmeplanung bedeutet, dass wir mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG) alle Bundesländer verpflichten, für jede Kommune einen Wärmeplan aufzustellen. Damit soll lokal realistisch aufgezeigt werden, welche Wärmeversorgung in dem jeweiligen Gebiet mit welchen Strukturen sinnvoll umsetzbar ist. Dafür wird vor Ort eine Bestands- und Potenzialanalyse

durchgeführt. Es folgt ein Zielszenario, in dem die notwendigen Strukturen, die es vor Ort für die Energiewende braucht, beschrieben werden. Daraus abgeleitete konkrete Handlungsstrategien bilden abschließend die Grundlage für den kommunalen Wärmeplan.

Der Bund unterstützt die Wärmeplanung finanziell und beratend. Finanzschwache Kommunen erhalten dabei eine höhere Förderung. Da kleinere Kommunen bei der Erstellung ihrer Wärmepläne oft vor größeren personellen und strukturellen Herausforderungen stehen, haben sie dafür bis Ende Juni 2028 Zeit. Große Kommunen ab 100.000 Einwohnern müssen

schon zwei Jahre vorher ihre Wärmepläne vorlegen. Einige Bundesländer haben bereits eigene Gesetze zur Wärmeplanung. Bei uns in Niedersachsen sollen die Wärmepläne schon 2026 fertig sein. Diese Wärmepläne werden anerkannt.

Die kommunale Wärmeplanung schafft Klarheit, ist technologieoffen und ermöglicht jeder Kommune, individuell tragbare Lösungen zu schaffen. Ich halte es für wichtig, die kommunale Wärmeplanung bundesweit verpflichtend zu machen. Sie schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern ist wesentliche Voraussetzung für eine bezahlbare, klimaneutrale und zukunftsfähige Wärmeversorgung.



Oldenburger Kino „Cine K“ sucht Wege aus der Krise

Betreiber fordern Planungssicherheit

Besucherschwind, Inflation, steigende Energiepreise. Das mehrfach preisgekrönte Oldenburger Kino „Cine k“ sucht Wege aus der Krise. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Ulf Prange habe ich mich mit Marion Fittje und Wolfgang Bruch, den Betreibern des „Cine k“, zum Gespräch getroffen.

Eines der größten Probleme: Die Besucher kommen nicht so wie vor der Corona-Pandemie in die Kinos. Laut der beiden Kino-Betreiber liege die Zuschauerzahl mehr als ein Drittel unter dem Vor-Corona-Jahr 2019. Die Gründe: Vielfältig. Veränderte Seh-

gewohnheiten wie Streamingdienste und Mediatheken, aber auch die Tatsache, dass die Menschen ihr Geld aufgrund der Inflation gezielter ausgeben, trifft das Nischenkino sehr. Parallel steigen die Kosten für Betrieb, Personal und Miete. Marion Fittje und Wolfgang Bruch fordern jetzt Planungssicherheit. An Gegenstrategien arbeiten die beiden bereits, damit sie mit ihrer Filmstätte weitermachen können. Unsere Unterstützung haben sie. Kulturräume wie das „Cine k“ haben einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Wert und müssen in Oldenburg erhalten, gestärkt und zukunftsfähig gemacht werden.

Ihorst: Dorfgemeinschaft steht gegen Sandabbau

SPD steht fest an der Seite der Ihorster

Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Björn Meyer habe ich das Dorf Ihorst in Westerstede besucht, um mich über den geplanten Sandabbau zu informieren. Zum Hintergrund: In dem Ammerländer Dorf plant ein Investor Sandabbau im Nassbauverfahren. Dafür soll über einen beantragten Zeitraum von 30 Jahren auf einer Fläche von etwa 13 Hektar Sand abgebaut und über Schwerlasttransporter abtransportiert werden. Zurückbleiben würde ein bis zu 27 Meter tiefer See mitten

in Ihorst. Das geplante Projekt beeinflusst nicht nur die umliegenden Naturschutzgebiete. Auch die dörfliche Gemeinschaft würde direkt betroffen. Viele Aspekte sind hier noch ungeklärt, etwa wie der LKW-Verkehr abgewickelt werden soll. Auch Themen wie Grundwasserspiegel, Wertverlust von Immobilien und Tourismus lassen Fragen offen.

Vielen Dank für den wertvollen Austausch. Wir stehen fest an der Seite der Bürgerinnen und Bürger.



Weihnachten steht vor der Tür und für mein Team und mich ist es an der Zeit, ein bisschen abzuschalten, um die eigenen Akkus am Ende des Jahres wieder aufzuladen.

Ab **Montag, den 8. Januar 2024** sind wir wieder wie gewohnt telefonisch unter 0441 99867601 von 8 bis 14 Uhr sowie persönlich im Wahlkreisbüro in der Huntestraße 23 in Oldenburg für euch da. Wenn ihr außerhalb dieser Zeiten Fragen oder Anliegen habt, schreibt am besten eine E-Mail an **dennis.rohde@bundestag.de**. Wir melden uns dann schnellstmöglich bei euch zurück.

In diesem Sinne: Genießt die Feiertage, bleibt gesund und rutscht gut ins neue Jahr!

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de

f facebook.com/dennis.rohde